

Augustrede Zug 2015

von alt Bundesrat Kaspar Villiger

I.

Eigentlich halte ich kaum mehr Reden, weder in Serviceclubs oder an Firmenjubiläen, noch an General-, Verbands- oder Parteiversammlungen. Auch nicht an ersten Augusten. Aus folgendem Grund mache ich heute eine Ausnahme:

Meine Frau und ich haben der zunehmenden Jahrringe wegen entschieden, aus einem grossen Haus in eine altersgerechte Wohnung umzuziehen, und als Wohnsitz haben wir die Zentralschweiz gewählt, aus der ich als Luzerner ursprünglich komme. In Zug wurden wir fündig, in der Mitte zwischen Tochter und Enkelinnen in Zürich und meinem Bekanntenkreis in Luzern, nahe am öffentlichen Verkehr. Wir wurden hier überaus freundlich empfangen, die Behörden lernten wir als effizient und dienstleistungsorientiert kennen, auf der Strasse wurden wir immer wieder auf sympathische Weise angesprochen, und mit dem Fahrrad habe ich schon grosse Teile der wunderschönen Umgebung Zugs erkundet. Das alles ist Grund genug, mit dieser Ansprache den Zugerinnen und Zugern herzlich für alles das zu danken. Es gefällt uns hier!

II.

Im internationalen Vergleich ist die Schweiz in Bezug auf Lebensqualität und gemessen an den meisten ökonomischen Kennziffern in einer Spitzenposition. Das hat gewiss mit einigen historischen Zufällen zu tun, ist aber auch die Folge einer besonderen politischen Kultur und einer enormen Anstrengung von Generationen von Frauen und Männern in Wirtschaft und Politik. Ich will mich heute nicht in den aktuellen ziemlich fruchtlosen Historikerstreit über die Schweiz einmischen. Ob Tell oder Winkelried wirklich gelebt haben oder nicht, ist mir gar nicht so wichtig. Es gibt aber in einem Volke historisch gewachsene Faktoren, welche sein Verhalten prägen. Solche Faktoren sind häufig widersprüchlich und gegensätzlich. Deshalb entstehen durch ihr Zusammenwirken interessante und oft fruchtbare Spannungsfelder. Ich will zwei dieser in sich gegensätzli-

chen Faktorenpaare, welche die Schweiz seit Jahrhunderten prägen, anhand unserer Wirtschaftsgeschichte aufzuzeigen: Das Freiheitliche und das Genossenschaftliche einerseits sowie Selbstbezogenheit und Weltoffenheit andererseits.

Bevor ich aber darauf eingehe, möchte ich kurz analysieren, was eigentlich den Erfolg oder Misserfolg eines Landes bewirkt. Ich sehe auf der Basis meiner politischen und unternehmerischen Erfahrung sowie im Licht neuerer Forschungsergebnisse fünf entscheidende Bedingungen für Wohlstand:

Erstens: Nur Marktwirtschaft schafft breiten Wohlstand. Das belegt die Geschichte der Wirtschaft überzeugend. Die Marktwirtschaft kann allerdings nur dann Wohlstand erzeugen, wenn der Staat ihr genügend Freiräume belässt. Zu viele oder falsch konzipierte Staatseingriffe haben das Potential, auch Marktwirtschaften abzuwürgen. Gerade in unserer Zeit und in unserem Umfeld gibt es dafür Beispiele zu Hauf!

Zweitens: Man darf den Menschen die Früchte ihrer Arbeit nicht wegnehmen. Nur dann arbeiten sie hart, sparen, investieren, innovieren, entwickeln Ideen und bilden sich aus eigener Initiative ständig aus und weiter. Diese Bedingung umfasst unter anderem nur moderate Steuern, garantiertes Eigentum, stabilen Geldwert und vernünftige Sparzinsen.

Drittens: Nur stete Erneuerung kann Wohlstand auf Dauer sichern. Deshalb muss Veraltetes verschwinden, damit Neues gedeihen kann. Es muss alles vermieden werden, was das behindert, etwa übersteigter Kündigungsschutz, Behinderung von Betriebsstilllegungen, Ächtung von neuen Technologien und ganz allgemein Strukturerhaltungspolitik. Das erzeugt Widerstand. Deshalb werden die Menschen das nur akzeptieren, wenn ein soziales Sicherheitsnetz die Härten des Strukturwandels abfedert.

Viertens: Die Menschen haben eine angeborene Präferenz für faire Verhältnisse. Eine Gesellschaft braucht eine gewisse Ausgeglichenheit des Wohlstandes, damit sie stabil ist und damit die Menschen die politischen Zustände als fair empfinden. Das zeigt die moderne Verhaltensökonomie. Marktwirtschaft aber schafft Ungleichheiten: Der Staat muss diese durch massvolle Umverteilung glätten, beispielsweise mittels solidarisch finanzierter Sozialwerke oder progressiver Steuern. Wenn er das nicht tut, empfinden die Menschen das System als ungerecht. Dann verliert die Marktwirtschaft an Akzep-

tanz, was politisch ihre notwendigen Freiräume wieder gefährdet. Verteilt er allerdings zu viel um, schwächt er den Leistungswillen der Zahler und der Empfänger, was wiederum den Wohlstand gefährden kann. Dieser Konflikt ist nie endgültig gelöst.

Fünftens: Moderne anspruchsvolle Volkswirtschaften brauchen das Reservoir der Talente des ganzen Volkes und nicht nur einer oligarchischen oder finanzstarken Minderheit. Bei dieser Frage geht es um Bildung, Weiterbildung, Berufsbildung, Chancengleichheit sowie freien Zutritt zu Arbeitsmärkten und Berufsfeldern.

Die Schweizer Wirtschaft ist im Verhältnis zur Landesgrösse derart stark, dass sie auch auf ausländische Talente angewiesen ist. Deshalb geht die Schweiz enorme Risiken ein, wenn sie für die Besten dieser Welt nicht mehr attraktiv ist. Das ist eines der grossen Probleme der mit einem Zufallsmehr angenommenen Masseneinwanderungsinitiative.

Ich darf hier in Zug gerne feststellen, dass es Ihrem Kanton gelungen ist, jene Elemente meiner 5 Bedingungen, welche in die kantonale Zuständigkeit fallen, in beispielhafter Weise umzusetzen.

III.

Ich möchte nun einige Gedanken zum Verhältnis dieser fünf Bedingungen zu unserer politischen Kultur und zu den erwähnten Spannungsfeldern entwickeln.

Das Spannungsverhältnis zwischen dem freiheitlichen und dem genossenschaftlichen Faktor zeigt sich etwa im ständigen politischen Konflikt zwischen den liberal-marktwirtschaftlich-staatskritischen und den vor- und fürsorgestaatlichen Kräften. Beide Faktoren haben sich schon zu Beginn der Eidgenossenschaft entwickelt, und die ständige Auseinandersetzung hat sich letztlich als fruchtbar erwiesen.

Um das 12. Jahrhundert bahnte sich in den Talschaften der Waldstätten ein tiefgreifender wirtschaftlicher Umbruch an. Man merkte, dass Arbeitsteilung Wohlstand schafft. Man verliess die karge Selbstversorgungswirtschaft und deckte mit Viehzucht die wachsende Nachfrage der Städte nach Fleisch, Käse, Butter und Häuten. Im Gegenzug lie-

fernten die Städte Getreide aus dem Mittelland. Weil nun gemeinsame Aufgaben erfüllt und Finanzen verwaltet werden mussten, brauchte es wirtschaftliche und politische Strukturen. Es entstanden die Talgenossenschaften, deren oberste Instanz die Versammlung der wehrfähigen Männer war. Jeder sorgte sich um das Gemeinwesen, was dazu führte, dass im Gegensatz zur europäischen politischen Kultur die Besorgung der öffentlichen Sache nicht an eine politische Kaste delegiert wurde. Man war solidarisch, wo Not herrschte, erwartete aber, dass niemand ohne Not der Gemeinschaft zur Last fiel. Weil alle mitreden konnten, brauchte es Kompromisse, und weil innere Konflikte das äussere Überleben gefährdet hätten, entwickelte sich eine wegweisende schiedsgerichtliche Konfliktbereinigungskultur.

Dieses alles - Sorge um das Gemeinwesen; Solidarität; Suche nach Kompromissen; friedliche Konfliktschlichtung - gruppiert sich um den Pol des Genossenschaftlichen. Dieses genossenschaftliche Element prägte unsere Fähigkeit zu Kompromissen und unsere Konkordanzkultur bis heute. Es wirkte immer integrierend und drückt sich auch in unserem leistungsfähigen Sozialstaat aus. Und der Weg von der Talgenossenschaft zu Landsgemeinde, Gemeindeversammlung, direkter Demokratie, Milizprinzip und zu kollegialen verantwortlichen Organen statt hierarchischen Regierungen war sozusagen im Keime angelegt.

Die Überwindung der Schöllenen, ein ingenieurtechnisches Meisterwerk zu seiner Zeit, war ein Wendepunkt. Sie öffnete die südalpinen Märkte und weitete die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten markant aus. Vor der Eröffnung des Gotthards war die Region für die grosse europäische Politik völlig uninteressant. Nur deshalb vermochte sie ihre Strukturen so zu festigen, dass sie die nötige Überlebenskraft hatte, als sie nach der Eröffnung des Gotthards attraktiv wurde und unter äusseren Druck geriet.

Das kleine Gemeinwesen mit den begrenzten Ressourcen brauchte aber selbstverantwortliche Bürger, die für sich selber zu sorgen wussten. Das können aber nur freie Menschen. Und weil man in der zunehmend arbeitsteiligen Wirtschaft eintauschen musste, was man nicht selber besass, musste man marktfähige Produkte exportieren. Das entfesselte Innovation und Höchstleistungen und brauchte deshalb Unternehmer! Alles das – Selbstverantwortung, Unternehmertum, sich den Märkten Stellen, Widerstand, Selbstbestimmung, Misstrauen gegenüber Obrigkeit - gruppiert sich um den Pol des Freiheitlichen.

Die Eidgenossenschaft war immer klein und verletzlich. Sie wurde auch immer von Welenschlag der Ereignisse der grossen Welt betroffen und war abhängig von Importen und Exporten. Die oft und auch im jetzigen Wahlkampf wieder zelebrierte Autonomie war deshalb schon seit jeher mehr oder weniger illusionär. Das war bei den Habsburger Konflikten genauso wie etwa beim Einmarsch Napoleons oder während der beiden Weltkriege. Und es ist heute nicht anders! Ohne Offenheit für Einflüsse von aussen wäre die erfolgreiche Schweiz nicht denkbar. Schon die Urschweiz schöpfte, wie Jean-François Bergier dies ausdrückte, aus ihrer Durchgangslage zwischen dem Deutschen Reich und dem Mittelmeer Wohlstand und Macht. Ich denke auch an erste Industrien durch Hugenotten oder an das Machtwort Napoleons 1803 an die zerstrittene Schweizer Delegation in Paris, ohne welches die föderalistische Struktur der Schweiz genauso wenig denkbar wäre wie ohne die Kopie des amerikanischen Zweikammersystems, die 1848 den Konflikt zwischen den Zentralisten und Föderalisten löste und damit die festgefahrene Verfassungsdiskussion deblockierte. Viele unserer Werte wären ohne die französische Revolution nicht vorstellbar, und deutsche liberale Flüchtlinge haben im 19. Jahrhundert unser Schulsystem revolutioniert und damit Begabtenreserven erschlossen, die für unseren wirtschaftlichen Aufstieg wahrscheinlich entscheidend waren. Sicher die Hälfte unserer Nobelpreisträger waren Ausländer, ebenso Unternehmer wie Nestlé, Maggi, Brown, Boveri oder Hayek. Die unverzichtbaren ausländischen Manager und Wissenschaftler von heute habe ich schon erwähnt. Das alles hat die lebensnotwendige Erneuerung überhaupt erst ermöglicht.

Aber auch der Faktor der Selbstbezogenheit, sogar unseres Eigensinns, hat immer wieder die Bewahrung wichtiger Werte begünstigt. Der Widerstreit zwischen Weltoffenheit und Selbstbezogenheit hat letztlich zu jener Strategie geführt, welche unser Überleben als Nation überhaupt ermöglichte: eine kluge Mischung aus Anpassung und Widerstand.

IV.

Wir dürfen also feststellen, dass unsere politische Kultur mit einer ausgewogenen Mischung aus Freiheitsdrang, Selbstverantwortung und nationaler Solidarität, mit der direkten Demokratie sowie mit einer Struktur des Staates mit Kantonen und Gemeinden

mit hoher Autonomie bisher meine fünf Wohlstandsbedingungen überdurchschnittlich gut erfüllt hat.

Der brodelnde Hexenkessel ungelöster Probleme in Europa und der Welt stellt ein kleines unabhängiges Land, dessen weit überdurchschnittlicher Wohlstand allein auf dem Austausch von Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland beruht, vor enorme Herausforderungen. Nichts von dem, was auf der Welt geschieht, lässt uns unberührt, seien es die wirtschaftlichen Probleme der EU, die verantwortungslose Geldpolitik der grossen Zentralbanken Fed und EZB, die Beschlüsse der G20, die wachsenden Flüchtlingsströme oder die globale Erwärmung. Wir sind schicksalhaft verflochten mit der weiten Welt, und was diese von uns hält, ist für unsere eigene Wohlfahrt von Belang.

Das alles sowie die Tatsache, dass auf den globalen Exportmärkten viele Konkurrenten laufend besser werden, wird es in Zukunft erschweren, unseren Wohlstand zu erhalten. Umso wichtiger ist es, meine fünf Wohlstandsbedingungen besser als andere zu erfüllen. Leider sind wir derzeit daran, auf weite Strecken das Gegenteil zu tun.

V.

Ich will nur vier meiner Sorgen kurz erwähnen.

Eine erste Sorge ist die Verunsicherung von Wirtschaft und Investoren durch die Übernutzung des Initiativrechts. Die Volksinitiative ist natürlich ein hervorragendes Instrument, um der Regierung Beine zu machen, wenn sie wichtige Fragen nicht aufnimmt. Der inflationäre Gebrauch dieses Instruments zu politischen Marketingzwecken führt indessen zur Schaffung einer permanenten Rechtsunsicherheit in vielen wirtschaftlich relevanten Bereichen. Obwohl das Volk unlängst wieder gute Entscheide gefällt hat, verbleibt Unsicherheit, und das ist Gift für die Wirtschaft.

Eine zweite Sorge ist das Auswuchern der Staatstätigkeit. Ich stehe zum Staat. Ohne Regeln und Investitionen, die nur der Staat veranlassen kann, gibt es keine florierende Marktwirtschaft. Aber wenn das Wachstum des staatlichen Sektors den Privatsektor zu verdrängen beginnt, welcher den Wohlstand erarbeitet und den Staat mit Steuern finanziert, wird dieser Wohlstand gefährdet. Dieser Punkt ist auch bei uns erreicht. Die Produktion staatlicher Vorschriften, Ausfluss politischer Überbetriebsamkeit und illusionä-

ren staatlichen Machbarkeitsglaubens, kennt kaum mehr Grenzen. So wird das Wachstumspotential unserer Marktwirtschaft schleichend abgebaut.

Eine dritte Sorge ist die Neigung der Parteien, die eigene Profilierung vor die Mitarbeit an der Problemlösung zu stellen. Das Mittragen von Kompromissen, ein Lebenselixier der direkten Demokratie, wird fast als Makel empfunden. Diese Fundamentalisierung der Politik gefährdet das Problemlösungspotential einer direkten Demokratie. Alle reden von Konkordanz, aber kaum jemand lebt sie noch. Ins gleiche Kapitel gehört die Verrohung der politischen Diskussion. Man diffamiert die Exponenten der Gegenmeinung persönlich, anstatt sich auf den Dialog über die Sache zu konzentrieren.

Eine vierte Sorge ist der verbreitete Glaube, der Wohlstand sei irgendwie gottgegeben und wir könnten uns letztlich alles leisten. Die Finanzdisziplin hat in den guten Zeiten wieder nachgelassen, und einige glauben, man könne beispielsweise die AHV sogar aufstocken, obwohl das heutige Niveau statistisch belegbar nicht finanziert ist. Man weiss, dass die Demokratie zum Ausgeben und zum Schuldenmachen neigt, weil es politisch reizvoller ist, Leistungen zu versprechen als Steuern zu erhöhen, und weil im Gegensatz zu Firmen und Privatpersonen Politiker für die von ihnen verursachten Schulden nicht haften. Mit der Schuldenbremse hat die Schweiz ihren Haushalt in Ordnung gebracht. Unsere Unfähigkeit, die Sozialwerke angesichts der demografischen Veränderungen und der neuen Bedingungen auf den Finanzmärkte langfristig zu sichern, belegt aber, dass auch bei uns die Verschuldungsneigung der Demokratie nicht besiegt ist.

VI.

Gewiss, noch sind unsere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut. Aber unser Vorsprung schmilzt. Was ist deshalb zu tun? Ich sehe dreierlei, was jetzt prioritär angepackt werden müsste:

Erstens müssen die Standortbedingungen systematisch verbessert werden, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Dazu gehört die Finanzdisziplin ebenso wie eine angemessene Redimensionierung der Staatstätigkeit, eine Eindämmung der Regulierungswut und eine kluge Umsetzung der von aussen aufgezwungenen Unternehmenssteuerreform.

Zweitens muss mit der EU eine Lösung gefunden werden, welche die bilateralen Verträge und damit den Zugang zum EU-Binnenmarkt auf Dauer sichert, und wir müssen für die besten Talente der Welt offen bleiben. Das kann durchaus in Konflikt mit anderen verständlichen politischen Anliegen kommen. Wahrscheinlich muss das Volk dazu zur gegebenen Zeit wieder Stellung nehmen. Es ist völlig frei, wie es diese Entscheidung treffen will. Aber es muss sich der Konsequenzen bewusst sein.

Drittens müssen die Sozialwerke so gestaltet werden, dass unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen ein Gleichgewicht zwischen angemessenen Leistungen, wirtschaftlicher Tragbarkeit und nachhaltiger Finanzierung erreicht wird. Ich habe auf die grosse Bedeutung der Sozialwerke für den nationalen Zusammenhalt sowie die wirtschaftliche und politische Stabilität hingewiesen. Eigentlich müssten alle politischen Kräfte links und rechts das gleiche Interesse haben, dieses Gleichgewicht zu finden. Es wäre eine Anstrengung der Besten in diesem Lande wert, sich hier zusammenzuraufen. Zu was nicht nachhaltig strukturierte Sozialwerke führen, sehen Sie tagtäglich im Fernsehen.

Die Schweiz steht vor einer ihrer schwierigsten Bewährungsproben der jüngeren Zeit. Zank und hitzige Auseinandersetzungen haben bei uns seit Jahrhunderten Tradition. Immer aber hat man sich schliesslich zu tauglichen Lösungen zusammengerauft. Ich hoffe nicht, dass der veränderte Politstil Resultat einer grundsätzlich veränderten Haltung Kompromissen und freiheitlichen Lösungen gegenüber ist. Es ist zu hoffen, dass sich die alten Werte, auf denen die Eidgenossenschaft aufbaut, wieder durchsetzen: Eine kluge Verbindung freiheitlicher und genossenschaftlicher Elemente, eine ausgewogene Mischung von Weltoffenheit und Bewahrung sowie Anpassung, wo vertretbar, und Widerstand, wo nötig! Es wird harte Arbeit brauchen, wenn wir unsere privilegierte Situation erhalten wollen. Aber die Ausgangslage dafür ist nach wie vor gut. Packen wir's also an!